

Die PdA POP Bern nimmt an den Nationalratswahlen 2019 teil!

An der Mitgliederversammlung vom 21. Januar 2019 entschied die PdA POP Kanton Bern, dass wir für die Nationalratswahlen 2019 eine eigene Liste präsentieren. Die Mehrheit der anwesenden Mitglieder sah in der Teilnahme an den Wahlen die Möglichkeit, im ganzen Kanton Bern wahrgenommen zu werden und die Partei auf nationaler Ebene weiter zu stärken.

Dieser Entscheid liegt in einer Kontinuität. Die PdA POP ist im Kanton Bern die einzige unabhängige antikapitalistische Partei, die seit vielen Jahren auf Gemeindeebene (Bern und neuerdings auch Biel), kantonaler und nationaler Ebene zu Wahlen antritt. Wahlen sind für uns kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, um wahrgenommen zu werden und der arbeitenden Bevölkerung eine Stimme zu geben. Gerade die Nationalratswahlen, wo der ganze Kanton Bern einen einzigen Wahlkreis bildet, bietet GenossInnen und allen mit uns sympathisierenden Menschen überall im Kanton die Möglichkeit, der PdA POP ihre Stimme zu geben. Zudem können wir mit dem kantonalen Versand des Wahlmaterials unsere wichtigsten nationalen und internationalen Anliegen an über 760 000 Personen herantragen. Themen gibt es genug: Verkehrspolitik (Westast!), Ökologie, solidarische Altersvorsorge, Krankenkassen, Friedenspolitik, Migrationspolitik, etc.

Auf der Strasse hat die PdA POP an vielen Demonstrationen mit Transparenten für "Solidarität statt Blut und Boden!" gegen SVP und rechtsnationalistische Kräfte Stellung bezogen. Mit Ständen in den Quartieren hat die PdA POP Unterschriften

gesammelt und Referenden unterstützt, z. B. gegen seltsame von der SP mitgetragene "Kompromisse" wie letztes Jahr die Rentenreform AV 2020 und gegenwärtig die neue nationale Unternehmenssteuerreform STAF. Und lange bevor es die Grünen überhaupt gegeben hat, hatte die Partei der Arbeit schon angeprangert, dass der kapitalistische Profitzwang mit Notwendigkeit zur Zerstörung unserer natürlichen Umwelt führt und dass eine wirklich ökologische Politik ohne Überwindung des Kapitalismus undenkbar ist. - Im nächsten Oktober, wenn die Stimmenden den Block mit allen Listen zur Hand nehmen, sollen sie auch in diesem Moment die Wahl haben, die Liste PdA POP herauszulösen und ins Wahlcouvert zu stecken!

Nach Jahren der Experimente mit Wahlbündnissen in verschiedenen Kantonen ist es in den letzten Jahren der PdA POP immer mehr gelungen, als nationale Partei aufzutreten. Vor vier Jahren mit einem ausführlichen nationalen Wahlprogramm, welches inzwischen weiterentwickelt bzw. aktualisiert wurde und im April an einer nationalen Parteikonferenz definitiv verabschiedet werden soll. Dieses Mal möchte die Partei noch einen Schritt weitergehen und in den Kantonen, wo es aktive Sektionen gibt, mit eigenen PdA POP-Listen und einem gemeinsamen Auftritt antreten. Ein solches Vorgehen hatte die Berner Sektion schon lange gewünscht.

In der Diskussion an der Mitgliederversammlung wurde deutlich: wir möchten mithelfen bei der Verteidigung des Nationalratssitzes von Denis de la Reussille in unserem Nachbarkanton Neuchâtel, und wir hoffen auf einen weiteren PdA-Sitzgewinn, auch wenn dieser eher in einem anderen Kanton wahrscheinlich ist. Mit einem einfachen, aber guten Auftritt möchte die Sektion Bern zum Gelingen dieses gemeinsamen nationalen Projektes beitragen!

Trotz allem ist jeder Wahlkampf finanziell und organisatorisch ein grosser Aufwand für die PdA

POP und wird in diesem Jahr viele Ressourcen binden. Ohne zusätzliche Spenden von Mitgliedern und SympathisantInnen kann jeder Wahlkampf ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten nach sich ziehen. Bei den vergangenen Nationalratswahlen war jedoch die Unterstützung jeweils sehr gross und so ist zu hoffen, dass sich auch dieses Jahr die Unterstützung neben dem Engagement auch finanziell zeigen wird.

Ist die Chancengleichheit an Bieler Oberstufen gewährleistet?

Stadtrat Biel

Im vergangenen November reichte ich im Bieler Stadtrat eine Interpellation zur Chancengleichheit an Bieler Oberstufen ein.

Mit dieser Interpellation fragte ich:

1. Wie sehen die Übergabequoten der letzten Jahre (mind. 5) der abgebenden OSZ aus?
2. Ist die Chancengleichheit für alle SchülerInnen gewährleistet? Welche konkreten Kriterien werden bei einem Übertritt angewandt, um einer Ungleichbehandlung entgegenzuwirken?
3. Wenn es Kriterien gibt, wie wird die Einhaltung geprüft und wie werden die zuständigen Lehrpersonen geschult?
4. Wie beurteilt der Gemeinderat (v.a. das Amt für Schule und Sport) die Befürchtungen der Bevölkerung und wo sieht er Handlungsbedarf?
5. Oder spielt gerade hier die Gentrifizierung, die vom Gemeinderat stets verneint wird, eine Rolle?

Die Antwort des Gemeinderats war denn nicht weiter erstaunlich. So wurde festgehalten:

- Dass die Übertrittsquoten nicht an allen Oberstufenzentren dieselben sind.
- Die Oberstufe Rittermatte erreicht eine Übertrittsquote ans Gym 1 von rund 25 SchülerInnen auf insgesamt 120.

- Die OSZ Madretsch und Mett-Bözingen hingegen entsenden rund 9 von 80 SchülerInnen an die erwähnte Stufe.

Dies ergibt ein Verhältnis von 21% : 11%... zu Gunsten der Rittermatte.

Wie gesagt, nicht weiter erstaunlich, deshalb auch meine Interpellation.

Die Sprache ist von Städtischen Schulen, an denen sicher die Chancengleichheit auf Gemeindeebene gewährleistet sein sollte – nein muss!

Unterschiedliche Schülerpopulationen werden für die bestehenden Unterschiede ins Feld geführt.

Weiter führt der Gemeinderat an, dass eine Gentrifizierung für die Übergangsquoten eine Rolle spiele aber nicht für die Chancengleichheit. Was für ein eklatanter Widerspruch.

Dies würde ja bedeuten, dass der Gemeinderat unterschiedliche Übertrittsquoten an Oberstufen mit der flachsen Begründung zulassen würde, dass eben die Schülerstruktur unterschiedlich sei.

Also ist die Chancengleichheit nicht gewährleistet. Und da muss der Gemeinderat reagieren.

Oder ist der Gemeinderat allenfalls der Meinung, dass die Herkunft ein Merkmal für schulische Leistungen darstellt?

Oder kann es gar sein, dass die sogenannte Homogenität an einzelnen Oberstufen mehr gefördert wird als an anderen?

In der Beantwortung wird zudem die Idee der Quartierschulen ins Spiel gebracht. Wir reden hier jedoch von OberstufenschülerInnen, die durchaus einen Quartierwechsel bewältigen können. Zudem könnte immer noch auf gewisse geographische Elemente Rücksicht genommen werden. So dass Schüler nicht die ganze Stadt queren müssen.

Die wohl bemerkenswerteste Aussage des Gemeinderats ist aber, dass Gentrifizierung in einzelnen Quartieren zu den erwähnten Unterschieden führe. Gentrifizierung? Gerade erst im vergangenen Jahr hat der Gemeinderat, auf eine Intervention unserer Genossin Judith hin, eine Gentrifizierung in der Stadt Biel strikte von sich gewiesen. Und nun? Chancengleichheit... und zwar für alle!

Pesche Heiniger, PdA Stadtrat Biel

Stadtrat Bern

Dringliche Motion Zora Schneider, PdA Bern:

Die Schulzahnklinik der Stadt Bern sorgt auch für die zahnmedizinische Versorgung im Alter!

Gesunde Zähne, gesundes Zahnfleisch und gut sitzende Prothesen bilden die Grundlage für die problemlose und schmerzfreie Nahrungsaufnahme und ermöglichen eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Ein regelmässiger Besuch bei der Zahnärztin oder beim Zahnarzt und der Dentalhygiene ist deshalb zwingend notwendig. Betagten und Hochbetagten fällt die Selbstorganisation manchmal schwer. Das ist einer der Gründe, wieso manche alten Menschen zahnmedizinisch krass unterversorgt sind. Die schlechte Versorgung trotz der Finanzierung über Ergänzungsleistungen hat fatale Konsequenzen: Krankheitsrisiken für Mangelernährung, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Atemwegserkrankungen und Diabetes nehmen zu.

In der Stadt Bern sind Schulzahnärztliche Reihenuntersuchungen für Kinder selbstverständlich. Die regelmässige Prävention bei Kindern und Jugendlichen wird von keiner Seite in Frage gestellt, weil sie günstig ist und gesellschaftspolitischen Mehrwert schafft.

So wie es schulzahnmedizinische Angebote gibt, sollte es auch alterszahnmedizinische Angebote geben. Dabei werden Hochbetagte und Menschen mit Demenz sicher spezielle Aufmerksamkeit und Kompetenzen erfordern. Dies vielleicht weniger in zahnmedizinischer Hinsicht als vielmehr bezüglich Geduld, Einfühlungsvermögen, Fähigkeit zur Informationsvermittlung und zum Zuhören. Anzustreben ist eine Volkszahnklinik mit Schwerpunkt Betagte.

Der Schulzahnärztliche Dienst hat einen gesundheitspolitischen und einen sozialpolitischen Auftrag. Das Ziel dieses Vorstosses ist die Erweiterung des sozialpolitischen Auftrags.

Schon heute können auch Erwachsene die Behandlungen des Schulzahnärztlichen Dienstes in Anspruch nehmen. Das Angebot ist aber noch wenig bekannt.

Im Bezug auf die Schulzahnklinik ist viel von einzelbetrieblicher Wirtschaftlichkeit die Rede. Anzustreben ist aus Sicht der Motionärin aber nicht nur eine Wirtschaftlichkeit, die nur die Kosten pro Behandlung berücksichtigt, sondern eine, die dem gesetzlichen Auftrag des Dienstes entspricht: Präventiv und im Sinne des sozialpolitischen Auftrags gemäss kantonalem Recht.¹ Es geht hierbei um volkswirtschaftliche, volksgesundheitliche, gesundheitspräventive und ethische Überlegungen.

Ein Modell, wie zahnmedizinische Leistungen auch Patienten und Patientinnen zukommen könnten, die aus alters- oder gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage sind, eine Zahnklinik aufzusuchen, gibt es beispielsweise in Basel: Dort können Patienten und Patientinnen auch im Wohn- und Pflegezentrum pFI oder zu Hause behandelt werden. Dies geschieht mittels tragbarer Behandlungsgeräte, bei welchen verschiedene Behandlungsinstrumente wie Bohrer oder Zahnsteinentfernungsapparat vorhanden sind. Die Volkszahnklinik Basel schreibt (laut Website) dazu folgendes:

"Selbstverständlich ist es nicht möglich, das ganze Spektrum der Zahnmedizin zu Hause anzubieten. Einfache Reparaturen an Zähnen oder Prothesen sowie schmerzstillende Massnahmen sind meist problemlos durchführbar. Auch Zahnextraktionen, Ergänzungen an bestehenden Prothesen oder sogar die Anpassung von neuen Prothesen sind möglich. Den Patientinnen und Patienten entstehen dabei verhältnismässig geringe Zusatzkosten für den Weg zwischen Klinik und Wohnort."

Die Motion fordert vom Gemeinderat höflich, folgende Ziele umzusetzen:

1. Das vorhandene Angebot der Schulzahnklinik erstreckt sich neu auch auf zahnmedizinische Reihenuntersuchungen in Pflegeheimen.
2. Es wird geprüft, wie sich die Wirtschaftlichkeit der Schulzahnklinik mit einer Ausweitung des Angebots der Schulzahnklinik an Erwachsene verbessern liesse.

Begründung der Dringlichkeit

Die Stadt Bern hat im September letzten Jahres die Resultate einer Machbarkeitsstudie von Bolz+Partner erhalten, die sie u. a. in Auftrag gegeben hat, um eine vertiefte Kooperation zwischen den zahnmedizinischen Kliniken der Universität Bern (ZMK) und dem Schulzahnmedizinischen Dienst der Stadt Bern zu prüfen. In diesem Bericht von bolz+partner wurden drei Zusammenarbeitsmodelle "Kooperation/räumliche Zusammenlegung", "neue, gemeinsame Trägerschaft" und "Integration des SZMD in die ZMK" konkretisiert. Es stehen also bald weitere politische Weichenstellungen beim Schulzahnmedizinischen Dienst an. Deswegen wäre es wünschenswert, diese Motion so bald als möglich zu behandeln.

Bern, den 28.2.2019

1 Eine eigens von der Stadt Bern in Auftrag gegebene Studie von Bolz +Partner betont neben dem gesundheitspolitischen Auftrag der Schulzahnkliniken auf Gemeindeebene auch deren sozialpolitischen Auftrag: "Der Auftrag der Schulzahnmedizin hat bei allen untersuchten Gemeinwesen insbesondere zwei Aspekte (vgl. für den Kanton Bern auch Art. 60 VSG): Zum einen die Prävention und Therapie zahnmedizinischer Problemstellungen bei Kindern und Jugendlichen (gesundheitspolitischer Auftrag) sowie zum anderen die Begrenzung der damit verbundenen Behandlungskosten, damit möglichst alle Bevölkerungsschichten die Prävention und Therapie in Anspruch nehmen können (sozialpolitischer Auftrag)."

"Unsere Welt", die Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung SFB, wurde 1978 gegründet und erscheint viermal jährlich. Sie kostet im Abonnement Fr. 12.-/Jahr und ist abonnierbar über sfb@bluewin.ch oder über SFB, Postfach 2011, 4001 Basel.

Für ein Klima des Friedens

Friede dem Klima

Zu Tausenden gehen junge Menschen weltweit auf die Strasse und fordern Rücksicht auf das Klima und damit auf ihre und unsere Zukunft. Sie verdienen unsere Achtung, unseren Respekt – und unsere Unterstützung. Die Bewahrung unseres Planeten ist unser gemeinsames Ziel.

Der Raubbau am Klima, die Zerstörung unserer Ressourcen, unserer gesamten Lebensgrundlagen: Nichts hat daran einen derart grausamen und grossen Anteil wie die Kriegsmaschinerie in Ost und West, in Nord und Süd. Im Frieden wie im Krieg. Unser eigenes Land nicht ausgeschlossen. So übte beispielsweise unsere Luftwaffe während vier Wochen über Schottland das Fliegen bei Nacht und verbrannte dabei 1,3 Millionen Liter Kerosin! Eine Frechheit gegenüber der schottischen Bevölkerung, eine Schandtat gegenüber der Natur.

Ein Atomkrieg würde der Welt den ewigen Winter bringen. Krieg an und für sich ist Umweltzerstörer Nummer 1. Ein Blick auf die Folgen des Vietnamkrieges, wo noch heute, Jahrzehnte nach den Chemiewaffen-Angriffen der US-Luftwaffe jährlich Hunderte Kinder mit schrecklichen Missbildungen auf die Welt kommen, dürfte selbst die grössten Skeptiker ins Grübeln bringen. Es ist jedoch schon allein die pure Existenz von Armeen, die unsere Umwelt am meisten in Mitleidenschaft zieht. Der US-amerikanische Friedensaktivist Pat Elder, den Seyhan Karakuyu und ich als Delegierte der Schweizerischen Friedensbewegung an der Weltkonferenz gegen US- und NATO-Stützpunkte in Dublin kürzlich getroffen haben, beschreibt in dieser UW, wie etwa Militärbasen ihr Umfeld in jedem Sinn des Wortes vergiften.

Wenn wir uns also als Friedenskämpfer für Abrüstung, für gegenseitigen Respekt, für den Dialog, kurz für ein Klima des Friedens engagieren, so fördern wir dadurch auch den Frieden für das Klima.

Diesen Anknüpfungspunkt mit der gegenwärtigen Klima-Bewegung der Jungen und Jüngsten sollten wir besser nutzen. Uns ist zwar seit unserer Gründung vor 70 Jahren bewusst, dass Friede und soziale Gerechtigkeit zusammengehören. Dass es aber zu einer lebenswerten Welt auch klimatische Gerechtigkeit braucht und was der Friedenskampf dazu beitragen kann, dürfte ruhig stärker in unseren Fokus rücken.

Martin Schwander, erschienen in "Unsere Welt"

Solidarität mit der Venezolanischen Revolution

Partei der Arbeit der Schweiz

Der 23. Januar ist ein wichtiger Tag in Venezuela. Es ist der Jahrestag des erfolgreichen Volksaufstands gegen die letzte Militärdiktatur in dem lateinamerikanischen Land vor 61 Jahren. Dieses Datum versucht nun die Opposition zu missbrauchen: Parlamentspräsident und Oppositionsführer Juan Guaidó rief sich bei einer Kundgebung der Opposition selbst zum Präsidenten aus und kündigte an, Befugnisse der Regierung zu übernehmen. Weiter forderte er die Armee auf, sich auf seine Seite zu stellen. Die USA, Kanada und Brasilien haben diesen Versuch eines Staatsstreichs sofort unterstützt und Juan Guaidó als Präsidenten anerkannt. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat die EU-Staaten aufgerufen, dasselbe zu tun.

Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) verurteilt diesen Putschversuch aufs Schärfste, der vom US- und europäischen Imperialismus offen unterstützt wird. Die PdAS solidarisiert sich mit der Bolivarischen Revolution in Venezuela. Sie ruft die Schweizer Regierung auf, das Vorgehen von Juan Guaidó zu verurteilen und ausschliesslich Nicolás Maduro als rechtmässigen, demokratisch gewählten Präsidenten zu anerkennen – alles andere wäre eine aktive Unterstützung des versuchten Staatsstreichs!

Die PdAS solidarisiert sich mit dem venezolanischen Volk, das heldenhaft für die Verteidigung der Bolivarischen Revolution und für die Demokratie in seinem Lande kämpft. In der venezolanischen Hauptstadt Caracas sind Zehntausende von Menschen gegen den Putschversuch auf die Strasse und verhinderten damit den Sturz des gewählten Präsidenten und somit die illegale Machtübernahme durch die Opposition. Ein Teilnehmer dieser Demonstration sagte zum TV-Sender Tele Sur: "Wir sagen Nein zur imperialistischen Intervention. Es ist eine sehr gefährliche Situation. Das Volk Venezuelas muss wachsam sein und darf nicht auf Provokationen der Rechtsextremen hereinfliegen,

die mit der Unterstützung der USA versuchen, eine Intervention zu legitimieren." Damit spielte er darauf an, dass die USA und weitere Staaten Guaidó als Präsidenten Venezuelas anerkannt haben.

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Venezuelas (PCV) Oscar Figuera verlangte in diesem Zusammenhang bereits vor einigen Tagen vorgezogene Parlamentswahlen sowie die Bildung einer "Regierung der revolutionären Volkseinheit", an der die Organisationen des Volkes, soziale Bewegungen, die klassenbewusste Gewerkschaftsbewegung und andere Kräfte beteiligt sein müssten. Die PCV fordert darüber hinaus von der Regierung, endlich Massnahmen zu ergreifen, um die Krise des kapitalistischen Systems zugunsten des arbeitenden Volkes zu bekämpfen. Gleichzeitig hatten die KommunistInnen ebenfalls dazu aufgerufen, sich an den Protesten gegen den Putschversuch zu beteiligen, "um die Heimat und die eroberten Rechte des Volkes zu verteidigen."

Nach seinem Wahlsieg mit über 67 Prozent der Stimmen wurde Nicolás Maduro am 10. Januar 2019 für eine neue Amtszeit vereidigt. Obwohl mehrere hundert ausländische Beobachter in ihren Berichten die Transparenz des Wahlprozesses hervorhoben, haben die USA und die EU erklärt, das Ergebnis der Wahl und damit die neue Amtszeit Maduros nicht anerkennen zu wollen. Das erklärte Ziel der Opposition war es, Maduro binnen sechs Monaten zu stürzen. In Europa gibt es diesbezüglich viel Unkenntnis und Desinformation durch die bürgerlichen Medien. Die PdAS wird ihre Unterstützung des revolutionären Prozesses in Venezuela fortsetzen und weiterhin den Kreis der Lügen und Diffamierungen durchbrechen und sich für die Beendigung der imperialistischen Blockade einsetzen. Zu diesem Zweck hat das Zentralkomitee der PdAS am 1. Dezember 2018 einstimmig beschlossen, dem am 13. Oktober 2018 gegründeten "Europäischen Netzwerk der Solidarität mit der Bolivarischen Revolution" beizutreten, dem bereits heute mehr als 70 europäische Organisationen angehören.

PdAS, 24. Januar 2019

Fridays for future - Schulstreiks fürs Klima

Die Schulstreiks für das Klima haben sich beachtlich ausgebreitet. Offenbar entsteht eine neue Jugendbewegung. Sie wendet sich gegen die etablierte Politik, gegen die mit viel Gerede begleitete, aber im praktischen Tun völlig unzureichende Politik der Regierenden in Sachen Klimaschutz. Sie wollen damit für ihr eigenes Interesse, für eine gesicherte Zukunft der Erde eintreten.

Es verdient grösste Aufmerksamkeit und volle Unterstützung, wenn zehntausende junge Menschen trotz der Androhung von Schulstrafen sich für Schulstreiks entscheiden und an "Freitagen für die Zukunft" ("Fridays for future") dem Unterricht fernbleiben, um mehr und wirkungsvollere Massnahmen für die Bewahrung des Klimas und damit für die Zukunft des Erdballs einzufordern.

Besonders wichtig ist, dass es sich dabei um eine von jungen Menschen selbst organisierte, von Regionalgruppen getragene, politisch und organisatorisch völlig unabhängige, also im besten Sinn basisdemokratische Bewegung handelt. Als Kommunikationsmittel zur Koordinierung und Mobilisierung von Aktionen dienen ihnen in erster Linie sogenannte soziale Medien wie WhatsApp, Facebook usw.

Initiative aus Schweden

Angestossen wurden diese Aktivitäten ursprünglich von der 16-jährigen schwedischen Schülerin Greta Thunberg. Sie hatte sich am 20. August 2018, dem ersten Schultag nach den heissesten Sommerferien, die es in Schweden je gegeben hat, erstmals mit einem Schild "Skolstrejk för klimatet" (Schulstreik fürs Klima) ganz allein vor das Gebäude des schwedischen Reichstags gesetzt. Auf einem von ihr verteilten Handzettel hiess es u.a.: "Weil ihr Erwachsenen auf meine Zukunft scheisst, tue ich das auch. Mein Name ist Greta, und ich bin in der neunten Klasse. Und ich bestreike die Schule für das Klima bis zum Tag der Wahl." Sie hielt den Streik bis zur Parlamentswahl in

Schweden durch, drei Wochen lang, und wurde zum Vorbild. Es entstand die internationale Bewegung "Fridays for future" (<https://www.fridaysforfuture.org/>, Schweiz: <https://climatestrike.ch/>). Damit werden Schülerinnen und Schüler international immer freitags zu Schulstreiks für das Klima aufgerufen. Auf den Internetseiten gibt es die Möglichkeit, sich über die Existenz regionaler Gruppen zu informieren und mit ihnen in Verbindung zu kommen. Greta Thunberg selbst wird seitdem teilweise wie ein "Star" behandelt, zu Reden auf Kundgebungen in anderen Ländern eingeladen, zu einem Redebeitrag auf der Klimakonferenz der UNO in Katowice im Dezember 2018 (COP24) und dort auch zu einem Gespräch mit UNO-Generalsekretär Antonio Guterres, sowie zum WEF in Davos im Januar 2019.

Aktionen in ganz Europa

Erste Schulstreiks ausserhalb Schwedens gab es schon im Herbst 2018. In der Schweiz setzten 300 Personen in Zürich am 14. Dezember erstmals ein Zeichen für mehr Klimaschutz. Eine Woche später wurde bereits in mehreren Städten gestreikt.

Am 18. Januar beteiligten sich bereits mehr als 20'000 Schülerinnen und Schüler an Schulstreiks und Demonstrationen in Lausanne, Genf, Zürich, Neuchâtel, Basel, Fribourg, St. Gallen, Luzern, Delémont, Solothurn, Chur, Biel/Bienne, Baden, Zug und Aarau. Eine Woche später waren landesweit erneut Zehntausende auf der Strasse. Am 8. Februar, einem Samstag, demonstrierten in 13 Schweizer Städten über 60'000 Menschen für mehr Klimaschutz.

Am 17.1. waren in Brüssel mehr als 17'000 streikende Schülerinnen und Schüler auf die Strasse gegangen. Eine Woche später wurden bei den Aktivitäten schon 35'000 TeilnehmerInnen vermeldet. Auch aus der BRD, Frankreich, Italien, Grossbritannien, den Niederlanden, Österreich und aus Übersee wurde über ähnliche Aktionen berichtet.

Der nächste weltweite Klimastreik wird am 15. März stattfinden. Aktionen sind auf jedem Kontinent geplant, in Kanada, den USA, Latein- und Südamerika, Afrika, Europa, Asien, Australien und Neuseeland.

"Wir schwänzen nicht, wir streiken"

Die Schulstreik-Bewegung ist mit einer starken Auseinandersetzung verbunden, ob solche Aktionen von Schülerinnen und Schülern während des Unterrichts denn überhaupt zulässig sind und die Beteiligten nicht wegen Verstosses gegen die gesetzliche Schulpflicht bestraft werden müssten. Zahlreiche Lehrerinnen oder Lehrer begrüßten und unterstützten, dass die Schülerinnen und Schüler verantwortungsbewusstes Engagement für die Bewahrung des Klimas und ihre eigene Zukunft zeigen. Auch Schulleitungen verzichteten teilweise auf Sanktionen. Anderswo aber wurden Schülerinnen und Schüler, die an den Streiks teilnahmen, mit dem Eintrag von Verweisen oder schlechten Noten, mit Nachsitzen oder in der BRD sogar der Androhung von Schulverweisen bedroht.

Auch in vielen Medien wurden die Schulstreiks schlichtweg als "Schulschwänzen" abgestempelt. Die Antwort von Beteiligten war jedoch eindeutig: "Wir schwänzen nicht, wir streiken!" betonten sie. Damit hatten sie zweifelsfrei recht. Denn genau so, wie das Fernbleiben von abhängig Beschäftigten von der Arbeit zur Durchsetzung von Lohn- und anderen Forderungen nicht einfach als "Schwänzen" oder "Blaumachen", sondern als Streik, also als die Wahrnehmung eines demokratischen Rechts zu bewerten ist - obwohl von Unternehmerseite auch immer wieder versucht wird, Streiks diffamierend als "Unlust zur Arbeit" darzustellen - gilt das auch für die Schulstreiks. Das verfassungsmässige Recht der freien Meinungsäusserung gilt auch für Menschen unter 18 Jahren.

"Es gibt keinen Sinn, für die Zukunft zu lernen, wenn wir vielleicht gar keine haben"

Jenseits solcher juristischen Fragen werden bei den Streiks vielfältige politisch-inhaltliche Argumente für die Schulstreiks für das Klima zum Ausdruck gebracht:

"Warum lernen ohne Zukunft?", hiess es beispielsweise auf manchen selbstgemalten Transparenten. "Es gibt für uns keinen Sinn, für die Zukunft zu lernen, wenn wir vielleicht keine haben", war zu lesen. "Warum noch in der Schule lernen, wenn es den Planeten später nicht mehr gibt?!", hiess es auf einem Schild in Hamburg.

"Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut", wurde gerufen. "Wir streiken, bis ihr handelt", "Wir sind die letzte Generation, die noch was ändern kann" war zu lesen oder "Wir gehen mit der Welt um, als hätten wir eine zweite im Kofferraum" und "There is no planet B!" ("Es gibt keinen Planeten B"), sowie in Anspielung auf die Folgen der Klimaerwärmung: "Opa, was ist ein Schneemann?". "Coal ends the world, so end coal" ("Kohle macht der Erde den Garaus, also macht Schluss mit der Kohle").

Die Vielzahl der Sprüche auf Transparenten und in Sprechchören zeugt von der Kreativität der Beteiligten, aber auch von der Intensität, mit der sie sich mit dem Thema befasst haben.

Eine Aktivistin in Stuttgart kritisierte gegenüber einem Journalisten: "Wir haben eine Klimakatastrophe und trotzdem stehen mehr Artikel über Fussball in der Zeitung als darüber". Eine Schülerin in Berlin: "Ich finde einfach das Klima zu schützen definitiv wichtiger als in der Schule zu pauken, weil wenn man jetzt Mathe und so weiter kann, aber es dann krasse Überschwemmungen gibt und so weiter, dann hilft einem auch nicht mehr Französisch oder Mathe oder irgendwas anderes. Deshalb würde ich zuerst das Klima schützen und dann auch wieder zur Schule gehen".

Fridays for Future unterstützen

Die Schweizer Webseite listet folgende Forderungen auf:

- Wir fordern, dass die Schweiz den nationalen Klimanotstand ausruft: "Die Schweiz anerkennt die Klimakatastrophe als zu bewältigende Krise: Sie hat folglich auf die Krise zu reagieren, die Gesellschaft folglich auch über diese Krise zu informieren".
- Wir fordern, dass die Schweiz bis 2030 im Inland Netto 0 Treibhausgasemissionen hat ohne Einplanung von Kompensationstechnologien.
- Falls diesen Forderungen im aktuellen System nicht nachgekommen werden kann, braucht es einen Systemwandel.

Es gibt also gute Gründe, die Bewegung "Fridays for future" nach Kräften zu unterstützen, und dies nicht nur für Schülerinnen und Schüler, sondern auch für alle älteren Jahrgänge.

Zum einen verdient es jede Anerkennung und Unterstützung, wenn junge Menschen sich engagieren und aktiv für ihre eigenen Interessen, für ihre Zukunft einsetzen. Damit werden die gängigen Vorurteile von der "Null-Bock"-Jugend, die sich um nichts ausser vielleicht Musik und Fussball kümmert, widerlegt.

Zum anderen aber verfechten die jungen Leute damit auch eine Sache, die für die älteren Generationen ebenso lebenswichtig ist. Zwar sind die heute 15 bis 21-Jährigen die ersten Hauptleidtragenden, wenn die sich schon abzeichnende Klimakatastrophe nicht gestoppt wird. Es geht also direkt um ihre Zukunft. Aber auch die Generationen, die altersmässig darüber liegen, werden mit den verhängnisvollen und oft lebensgefährlichen Folgen einer Klima-Erwärmung um mehr als 1,5 Grad konfrontiert sein.

Zum Dritten ist nicht zu vernachlässigen, dass Bewegungen wie die Schulstreiks für die Beteiligten und ihr ganzes persönliches Umfeld auch damit verbunden sind, dass sie in der konkreten Aktion ihre eigenen politischen Erfahrungen machen. Zum Beispiel, wer von den existierenden politischen Gruppen und Parteien ihr Anliegen unterstützt und wer ihnen entgegenwirkt, sie zu diffamieren und mit Repressionen zum Aufgeben zu zwingen versucht. Das können fürs ganze weitere Leben prägende Erfahrungen sein, die zur notwendigen Veränderung der ziemlich erstarrten und nach rechts tendierenden heutigen politischen Kräfteverhältnisse beitragen können.

Dabei ist auch nicht zu übersehen, dass in den Streikaktionen in Verbindung mit der Klimafrage und der Untätigkeit bzw. dem Zurückweichen der Regierenden vor den Konzerninteressen, besonders der Energie- und Autokonzerne, relativ schnell auch die "Systemfrage" ins Blickfeld rückt: "Change system, not climat" ("Ändere das System, nicht das Klima") ist auch auf Transparenten zu lesen oder "Le capitalisme nuit gravement à la planète" ("Der Kapitalismus schadet dem Planeten erheblich").

Greta Thunberg hat in ihrer Rede vor der UNO-Klimakonferenz in Katowice am 12. Dezember 2018 auch schon dieses Thema angesprochen. Sie sagte u.a.: "Ihr seid nicht reif genug, zu sagen, wie es ist. Selbst diese Bürde überlasst ihr uns Kindern.

Aber ich kümmere mich nicht darum, populär zu sein. Ich kümmere mich um Klimagerechtigkeit und den lebenden Planeten. Unsere Zivilisation wird geopfert für die Gelegenheit für eine sehr kleine Zahl von Leuten, weiterhin enorme Summen Geld zu machen. Unsere Biosphäre wird geopfert, damit reiche Leute aus Ländern wie dem meinen in Luxus leben können. Es sind die Leiden der vielen, die für den Luxus der wenigen bezahlen."

Weiter sagte sie: "Wir können eine Krise nicht lösen, ohne sie als Krise zu behandeln. Wir müssen die fossilen Brennstoffe im Boden lassen und wir müssen uns auf Gerechtigkeit konzentrieren. Und wenn Lösungen innerhalb dieses Systems so unmöglich zu finden sind, dann sollten wir vielleicht das System selbst ändern. Wir sind nicht hierher gekommen, um die führenden Politiker der Welt zu bitten, sich um uns zu kümmern. Ihr habt uns in der Vergangenheit ignoriert und ihr werdet uns wieder ignorieren. Wir haben genug von den Ausreden, und uns läuft die Zeit davon. Wir sind hierher gekommen, um euch wissen zu lassen, dass eine Änderung kommen wird, ob ihr das wollt oder nicht. Die wahre Macht gehört den Völkern!"

G&A Polikeit

Kalender

**Die deutsche Räterepublik 1919
und ihre Auswirkungen**

Freitag 22. März 19:00 in Biel,
im Sitzungssaal der UNIA, Murtenstr. 33
Vortrag und Diskussion mit dem Genossen
Hermann Kopp, Marx Engels Stiftung

**Kantonale Mitgliederversammlung
PdA POP Bern**

**Montag, 29. April 19:30 im PdA Lokal im 1.Stock
der Brasserie Lorraine, Quartiergasse 17, Bern**

Impressum:

PdA POP Partei der Arbeit des Kantons Bern
Quartiergasse 17, Postfach, 3001 Bern
www.pdabern.ch / www.popbienne.ch
mail@pdabern.ch / Kontonummer 30-26786-9